

Die Zukunft des Berufsbildungssystems sichern

Position der Wirtschaft zu Berufsbildungsreform und BBiG-Novellierung

Die Entwicklung von der Industriegesellschaft zur global ausgerichteten und vernetzten Dienstleistungsgesellschaft stellt auch die berufliche Bildung vor große Herausforderungen. Für die Zukunftschancen der jungen Generation wie für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt ist entscheidend, das Berufsbildungssystem auf die neuen Anforderungen und lebenslanges Lernen auszurichten und dabei seine Qualität, Leistungsfähigkeit und Attraktivität zu sichern. Um die enge Verbindung mit der Arbeitswelt – als eigentliches Qualitätsmerkmal des deutschen Ausbildungssystems – auch in Zukunft zu gewährleisten, muss die Ausbildung unternehmensbezogener, flexibler und kostengünstiger werden, ohne ihren spezifischen Vorteil im Sinne umfassender Qualifizierung aufzugeben.

Um das deutsche Berufsbildungssystem zukunftsfähig zu machen, sind weitgehend keine gesetzlichen Änderungen erforderlich. Die von der Bundesregierung angekündigte Novellierung des Berufsbildungsgesetzes wird die Wirtschaft dann unterstützen, wenn sie darauf abzielt, die Verbindung der beruflichen Bildung zum Beschäftigungssystem zu stärken, betriebliche Freiräume zu erweitern, Innovationen zu fördern und die Attraktivität zu verbessern. Entscheidend für die Zukunft des Berufsbildungssystems ist, dass die einzelbetriebliche Verantwortung und Finanzierung erhalten bleibt, auf eine Ausbildungsabgabe verzichtet sowie eine schleichende Verstaatlichung und Verschulung verhindert wird. An der Bundeseinheitlichkeit der beruflichen Bildung als wichtigem Vorteil für eine international agierende Wirtschaft sowie für die Mobilität der Arbeitnehmer ist festzuhalten.

Verbesserung der Rahmenbedingungen

Mit dem engen Bezug zum Beschäftigungssystem ist die betriebliche Berufsausbildung von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Strukturelle Veränderungen, verschleppte Reformen am Arbeitsmarkt und im Sozialsektor, überdurchschnittliche steuerliche Belastungen und konjunkturelle Einbrüche beeinflussen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und haben damit auch Auswirkungen auf die betriebliche Aus- und Weiterbildung. Gleichzeitig steht das deutsche Berufsbildungssystem bei fortschreitender Globalisierung unter erheblichem Wettbewerbsdruck. Dass es dennoch immer wieder gelungen ist, ein ausreichendes Lehrstellenangebot zur Verfügung zu stellen, spricht für das hohe Engagement der Unternehmen und die Leistungsfähigkeit des Ausbildungssystems.

Damit sich die Unternehmen auch in einer zunehmend international ausgerichteten und vernetzten Wirtschaft und Gesellschaft mit beschleunigtem Strukturwandel und schnellen Qualifikationsveränderungen umfassend und dauerhaft in der beruflichen Bildung engagieren, sind erforderlich:

- Flexible, differenzierte, aktuelle Ausbildungsprofile, je nach betrieblichem Qualifikationsbedarf
- Umfassende Nutzung betrieblicher Ausbildungspotenziale, weitgehende Integration der Ausbildung in die Arbeitsprozesse
- Ausbildungseinstieg ohne bürokratische Hürden
- Betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten bei den Ausbildungskosten
- Zur erfolgreichen Ausbildung geeignete Bewerber
- Qualität der Berufsschulleistungen als Sicherheit für den Betrieb

Insgesamt muss für den Betrieb eine angemessene Balance zwischen Aufwand, Kosten und Nutzen der Ausbildung zu erreichen sein, um ein dauerhaftes Engagement zu gewährleisten. Unabdingbare Voraussetzung ist auch die Verbesserung der Ausbildungsreife der Bewerber (lt. PISA sind bis zu 25 % der Schulabgänger nicht ausbildungsreif), damit nicht die Betriebe mit erheblichem Aufwand allgemeine Bildungsdefizite kompensieren müssen, was nicht ihre Aufgabe ist. Eine umfassende Qualitätssteigerung an allgemein bildenden Schulen ist daher unbedingt erforderlich. Ein neues Schulfach „Wirtschaft“ ist einzurichten. Information und Beratung der Schulabgänger über die gesamte Palette der Ausbildungsberufe sind sowohl in den allgemein bildenden Schulen wie auch durch die Berufsberatung der Arbeitsverwaltung weiter zu verbessern. So kann der Festlegung auf bestimmte Wunschberufe entgegengewirkt und eine Besetzung der freien Ausbildungsplätze in weniger „modischen“ Branchen erreicht werden.

Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems

Zur Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems besteht vor allem folgender Handlungsbedarf:

- **Neue flexible Berufe schaffen**

Dem Strukturwandel entsprechend sind neue Berufe mit flexiblen Strukturen und Wahlqualifikationen zu entwickeln, die dem betrieblichen Bedarf und Ausbildungsmöglichkeiten Rechnung tragen. Flexible Strukturen ermöglichen auch, Begabungen und Neigungen der Auszubildenden gezielt aufzugreifen. Zur Zeit besteht Bedarf an neuen Berufen insbesondere für Dienstleistungsbranchen und -tätigkeiten. Die Bundesregierung sollte ihre Kompetenzen zum Erlass von Ausbildungsordnungen nach § 25 BBiG in vollem Umfang ausschöpfen. Die Ausbildungsordnungen müssen sich auf Mindestanforderungen konzentrieren, praxisnah gestaltet werden und bundeseinheitliche Leistungsstandards sichern.

- **Ausbildungsspektrum differenzieren**

Nachdem in vielen Berufen durch Neuordnungen die theoretischen Anforderungen angehoben wurden, sind auch neue Berufe mit weniger komplexen Anforderungen und kürzerer Ausbildungsdauer notwendig. Damit können auch Bewerber mit Leistungs- und Motivationsdefiziten wieder mehr betriebliche Ausbildungsperspektiven erhalten.

- **Kosten senken**

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Phasen ist die Entscheidung über neue Ausbildungsplätze auch eine Kostenfrage. Daher sollten die Ausbildungsvergütungen, die den größten Kostenfaktor darstellen, zumindest für einige Jahre eingefroren werden. In Tarifverträgen sind Öffnungsklauseln notwendig, die die Senkung der Ausbildungsvergütung im Einzelfall ermöglichen, um Lehrstellen zu sichern oder zusätzliche zu schaffen. Weitere Ansatzpunkte sind Effizienzverbesserungen durch mehr betriebliche Ausbildungszeit und mehr Ausbildung am Arbeitsplatz. Außerdem müssen der Verwaltungs- und der Prüfungsaufwand verringert werden.

- **Ausbildungshemmnisse beseitigen**

Jede Übernahmeverpflichtung ist ausbildungshemmend. Deshalb muss bei allen Beteiligten der Grundsatz *Ausbildung geht vor Übernahme* gelten. Die Ausbildereignungsverordnung, die für 5 Jahre ausgesetzt ist, muss vor einem Wieder-In-Kraft-Treten so überarbeitet werden, dass auch der Ausbildung in Klein- und Mittelbetrieben Rechnung getragen wird. Außerdem müssen die gesetzlichen Regelungen zur persönlichen und fachlichen Eignung deutlich vereinfacht werden. Zwanganrechnungen von Schulbesuchen auf die Ausbildungszeit (z. B. Berufsgrundbildungsjahr) sind aufzuheben, ggf. zugunsten flexibler leistungsbezogener Anrechnungsmöglichkeiten.

- **Qualität an den Berufsschulen sichern**

Die Leistungsfähigkeit der Berufsschulen muss durch bundesweit geltende Qualitätsstandards flächendeckend verbessert werden. Dazu müssen die Berufsschulen zu leistungsstarken, modernen

Partnern der Betriebe in der dualen Ausbildung entwickelt werden, die autonom und flexibel auf die regionalen Anforderungen reagieren können. Zur Steigerung der betrieblichen Ausbildungszeit muss das Zeitmanagement der Berufsschulen verbessert werden und die Organisation des Berufsschulunterrichts in enger Abstimmung mit den Betrieben erfolgen.

- Gleichwertigkeit realisieren

Damit sich die Unternehmen verstärkt in der Ausbildung engagieren, ist auch eine Steigerung der Attraktivität der beruflichen Bildung notwendig. Dazu gehört, die Gleichwertigkeit mit der allgemeinen Bildung zu realisieren, die Durchlässigkeit innerhalb des Berufsbildungssystems und zum Hochschulbereich weiter zu verbessern – z. B. durch flexible Anrechnungssysteme – und damit das Potenzial an qualifizierten Bewerbern zu erhöhen.

- Berufliche Bildung internationalisieren

Es ist dringend eine angemessene Einordnung der deutschen Berufsbildungsabschlüsse im europäischen und internationalen Ranking erforderlich. Außerdem sind die Voraussetzungen zur Anrechnung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zu verbessern.

- Auf lebenslanges Lernen ausrichten

Die Aus- und Weiterbildungskonzepte müssen verstärkt auf lebenslanges Lernen ausgerichtet werden. Die Ausbildung muss sich auf die beruflichen Grundlagen und fachlichen Kompetenzen für die erste Berufsphase konzentrieren sowie fachübergreifende Qualifikationen und Lernfähigkeit vermitteln. Die Weiterbildung muss flexibel gestaltet werden und zunehmend informelles Lernen berücksichtigen. Die individuelle Verantwortung für lebenslanges Lernen muss gestärkt werden.

- Bundeszuständigkeit stärken

Bundeseinheitliche Rahmenbedingungen, Strukturen und Qualitätsstandards sind eine wesentliche Voraussetzung für ein umfassendes Engagement der Wirtschaft im dualen Ausbildungssystem und für dessen Zukunftssicherung. Die Bundeszuständigkeit in der beruflichen Bildung muss gestärkt und ausgebaut werden. Dies ist in der Föderalismusdiskussion zu berücksichtigen.

Novellierung des Berufsbildungsgesetzes

Für die notwendigen Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen und für die Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems sind weitgehend keine gesetzlichen Änderungen und keine grundlegende Novellierung des Berufsbildungsgesetzes erforderlich. Initiativen zu Veränderungen im Berufsbildungsrecht sollten sich auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

- Sprachliche und begriffliche Aktualisierungen und Klarstellungen
- Beseitigung von Ausbildungshemmnissen
- Entbürokratisierung und Straffung von Zuständigkeiten und Abläufen
- Stärkung der betrieblichen Ausbildung
- Modernisierung des Prüfungswesen
- Internationalisierung der beruflichen Bildung

Dazu legt die Wirtschaft entsprechende Vorschläge zur Veränderung des Berufsbildungsgesetzes, des Berufsbildungsförderungsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes vor (s. Anlage).